

KREISTAGSWAHL 11.09.2016

SPD-WAHLPROGRAMM



www.starker-landkreis.de

LANDKREIS
NORTHEIM



SPD

Kreiswahlprogramm 2016 des SPD-Unterbezirks Northeim-Einbeck

Für einen starken, solidarischen und sozialen Landkreis

1. Landkreis Northeim im Wandel

2. Gesellschaftspolitik

3. Bildung

3.1 Allgemein bildende Schulen

3.2 Berufliche Bildung/Jugendarbeitslosigkeit

3.3 Kreisvolkshochschule (KVHS)

4. Wirtschaft

4.1 Bilanz

4.2 Wirtschaftsförderung

4.3. Arbeitsmarkt

4.4 Kultur und Tourismus

4.5. Mobilität und Verkehr

4.6. Breitbandausbau

4.7 Klimaschutz

5. Soziales

5.1 Kinder, Jugendliche und Heranwachsende

5.2 Gesundes Mittagessen in Bildungseinrichtungen für alle

5.3 Gesundheitsversorgung

5.4 Pflege

5.5 Seniorinnen und Senioren

5.6 Inklusion

6. Migration und Teilhabe

7. Feuerwehren

8. Vielfalt des Ehrenamtes stärken

9. Identität eines starken Landkreises in einer starken Region Südniedersachsen

10. Finanzen

1. Landkreis Northeim im Wandel

Die SPD ist die prägende politische Kraft im Landkreis Northeim. Sie steht für eine soziale, weltoffene und generationengerechte Politik.

Wir wollen vielen Menschen in unserem Landkreis die sozialdemokratische Idee von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität nahe bringen und für alle Alters- und Bevölkerungsgruppen interessant sein. Dazu werden wir unsere Politik transparent und nachvollziehbar im Dialog gestalten. Wir werden die Bevölkerung über wichtige Angelegenheiten in öffentlichen Veranstaltungen informieren und Meinungsbilder der Mitbürgerinnen und Mitbürger einholen.

Der Landkreis Northeim und seine Städte und Gemeinden befinden sich im ökologischen, strukturellen und wirtschaftlichen Wandel. Sinkende Einwohnerzahlen, eine deutlich veränderte Altersstruktur mit einer älter werdenden Bevölkerung und eine Einwohnerbewegung „aus den Dörfern in die Städte“ gehen einher mit einer wachsenden Bedeutung von Bildung, den Erfordernissen der Fachkräftesicherung und der Notwendigkeit einer flächendeckenden medizinischen und pflegerischen Versorgung. Wir brauchen gute Konzepte als Reaktion auf die Veränderungen in diesen verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen. Gemeinsam mit den Städten und Gemeinden und im Dialog mit allen gesellschaftlich relevanten Gruppen wollen wir auf Augenhöhe zukunftsfähige Ideen entwickeln und umsetzen. Die SPD steht für einen starken, sozialen und selbstbewussten Landkreis Northeim in einer starken Region Südniedersachsen.

In den meisten Städten und Gemeinden des Kreises stellen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Mehrheit im Stadt- oder Gemeinderat. Seit den Bürgermeisterwahlen im Herbst 2014 stellen wir in Bad Gandersheim, Dassel und Kalefeld mit erfahrenen sozialdemokratischen Persönlichkeiten die Bürgermeisterin bzw. die Bürgermeister. Als stärkste Fraktion im Kreistag unseres Landkreises gestalten wir seit vielen Jahren maßgeblich die positive Entwicklung in unserem schönen Landkreis. Dieses gilt gleichermaßen auch für sozialdemokratische Persönlichkeiten als Oberkreisdirektoren oder Landräte an der Spitze unseres Landkreises, zum Beispiel die Oberkreisdirektoren Udo Cahn von Seelen, Ralf-Reiner Wiese oder Landrat Axel Endlein. In der laufenden Wahlperiode seit dem 1. November 2011 haben wir Punkt für Punkt unserer Gruppenvereinbarung mit unserem Gruppenpartner „DIE GRÜNEN“ umgesetzt. Vielfach sind unserer Vorschläge aber auch von den meisten Fraktionen des Kreistages unterstützt worden. Diese Arbeit wollen wir auch in den kommenden fünf Jahren mit unserer neuen Landrätin Astrid Klinkert-Kittel fortsetzen. Sie wurde als erfahrene Verwaltungsfachfrau und als Kandidatin der SPD am 13. März 2016 von den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landkreises mit einem überzeugenden Ergebnis zur ersten Landrätin unseres Landkreises gewählt. Wir konnten viel für unseren Landkreis erreichen. Wir wollen auch in den nächsten Jahren gemeinsam mit einer starken Landrätin für einen starken Landkreis arbeiten.

2. Gesellschaftspolitik

Eine nachhaltige Familienpolitik ist für uns Anspruch und Verpflichtung zugleich. Unsere Wirtschaft ist auf kompetente, gut ausgebildete Arbeitskräfte und eine vermehrte Erwerbstätigkeit von Frauen angewiesen. Der Sozialdemokratie geht es aber nicht nur um eine arbeitsmarktpolitische Komponente. Vielmehr geht es auch darum, geschlechtsspezifische Nachteile für Frauen in Wirtschaft, Arbeit und Gesellschaft nachhaltig abzubauen, um Chancengleichheit zu realisieren. Gemeinsam mit Unternehmen und Verwaltungen müssen Modelle zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf entwickelt werden.

Die Koordinierungsstelle Frauen und Wirtschaft hat am 01. Januar 2014 ihre Arbeit im Landkreis Northeim aufgenommen und versteht sich als Bindeglied zwischen der Wirtschaft, dem regionalen Arbeitsmarkt, den bestehenden Weiterbildungseinrichtungen in den Sozialräumen und vor allem als Angebot für die Frauen in unserem Landkreis Northeim. Insbesondere für diejenigen Frauen, die nach längerer Pause in der Erwerbstätigkeit, z. B. bedingt durch Kindererziehungs- oder Pflegezeiten, in den Beruf zurückkehren möchten. Die Koordinierungsstelle ist eine vorbildliche Einrichtung, deren Arbeit wir weiterhin mit aller Kraft unterstützen werden.

3. Bildung

3.1 Allgemein bildende Schulen

Für uns haben alle Kinder das gleiche Recht auf gute Betreuung und Bildung sowie Förderung ihrer individuellen Fähigkeiten von Anfang an. Von der Qualität der Bildung und Ausbildung unserer Kinder hängen deren individuelle Lebenschancen und die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes ab. Wir brauchen eine Schulpolitik, die den Anteil der Klassenwiederholungen deutlich reduziert, die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Schulformen verbessert und möglichst alle Jugendlichen mit einem Schulabschluss entlässt. Das gilt für alle schulpflichtigen Kinder unabhängig von ihrer Herkunft.

Auch in den nächsten fünf Jahren werden wir uns der Aufgabe stellen, Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende auf die bestmögliche Weise chancengleich und begabungsgerecht für die moderne Arbeitswelt zu qualifizieren.

Der überwiegende Teil unserer Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist wissbegierig, lerneifrig und hoch motiviert, aber auch kritisch gegenüber seiner Umwelt und bestehenden Strukturen. Wir wollen deshalb Kinder und Jugendliche beteiligen und ihre Ideen und Fähigkeiten in Entscheidungen einbeziehen.

Für benachteiligte Kinder und Jugendliche werden wir Schritt für Schritt die rechtlichen Vorgaben der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen umsetzen und zu einer Region der inklusiven Schule werden. Dazu werden wir gemeinsam mit den beteiligten Schulträgern und Schulen, dem Behindertenbeirat, dem Behindertenbeauftragten des Landkreises Northeim und weiteren Akteuren sowie dem Beirat für Inklusion die nächsten Etappen festlegen. Dabei wird die von uns unterstützte Gründung einer Beratungsstelle Inklusion als e.V., finanziert vom Landkreis, hilfreich sein. Die UN-Behindertenrechtskonvention ist seit 2009 geltendes Menschenrecht in der Bundesrepublik Deutschland und sichert allen Menschen mit Behinderungen eine gleichberechtigte Teilhabe in allen Lebensbereichen.

Ziel muss es sein, dass alle Kinder, deren Eltern das wünschen, an Regelschulen unterrichtet werden können.

Die Förderschulen im Landkreis Northeim sind für uns und für alle Beteiligten bei der Förderung von Kindern mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf, als Kompetenzzentren wichtige Ansprechpartner.

Zur Vermeidung einer weiteren Schwächung des ländlichen Raumes setzt sich die SPD im Landkreis Northeim auch zukünftig für eine kostenlose Schülerbeförderung ab einer Entfernung von über zwei Kilometern zwischen Wohnung und Schule ein. Wir werden dafür sorgen, dass die im Bildungspaket für die Schülerinnen und Schüler zur Verfügung gestellten Mittel die

Betroffenen auch erreichen. Wir setzen uns gleichermaßen für die Einbeziehung der Oberstufenschüler in die kostenlose Beförderung ein.

Oberstes Ziel unserer Bildungspolitik im Landkreis Northeim war und ist eine am Kindeswohl und Elternwillen orientierte Bildungspolitik. Dieses gilt gleichberechtigt für alle Schulformen und vermeidet bewusst die stark ideologisch geprägte, rückwärtsgewandte Bildungspolitik der früheren CDU/FDP-Landesregierung. Wir setzen uns gerade in unserem ländlichen Raum für eine vorausschauende, den Elternwünschen gerecht werdende und nachhaltige Schulentwicklungsplanung ein.

Deshalb haben wir die Errichtung der IGS in Einbeck vorangetrieben und sind bereit zu einer erneuten Diskussion über die IGS in Northeim. Die deutlich offenere Haltung der rot-grünen Landesregierung gegenüber allen von Eltern und Schülern gewünschten Schulformen ermöglicht das. Die Diskussion der Errichtung einer IGS am Standort Northeim werden wir aktiv und umsichtig unter Berücksichtigung des Elternwillens führen.

Wir werden weiterhin eine Schulpolitik betreiben, die Schulstandorte so weit wie möglich sichert und das integrative Angebot im Landkreis erhöht.

Die Entscheidung, an welchen Standorten weitere Gesamtschulen oder ggf. auch Oberschulen angeboten werden sollen, werden wir dem Elternwillen entsprechend in der Schulentwicklungsplanung treffen. Wir werden im Dialog aller beteiligten Gruppen die Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung diskutieren, einschließlich der Frage, wie viele Standorte von Schulen im Sekundarbereich 1 angesichts dramatisch zurückgehender Schülerzahlen noch aufrecht erhalten werden können.

Im Landkreis Northeim halten wir ein umfassendes Angebot verschiedener Schulformen vor. In der laufenden Wahlperiode von 2011 bis 2016 haben wir in die Sanierung unserer Schulen aus Mitteln des Landkreises einen Millionenbetrag für Baumaßnahmen und Schulinfrastruktur investiert. Auch künftig werden wir durch erforderliche Investitionen (u.a. KIP-Mittel 4,2 Mio.) die Schulstandorte an die Gegebenheiten anpassen und durch entsprechende inhaltliche Entscheidungen moderne Bildungsangebote weiter vorantreiben.

Im Rahmen eines PPP-Modells investierten wir für die Grundsanierung und Erweiterung des Gymnasiums Corvinianum in den vergangenen Jahren etwa 11 Mio. Euro. Die Sanierung der Berufsbildenden Schule II in Northeim belief sich in den Jahren 2011 bis 2015 auf insgesamt 16 Mio. Euro.

Neben diesen Grundsanierungen und Erweiterungen, stellen wir jährlich für unsere weiteren Schulen einen Betrag von 2,5 Mio. Euro für Unterhaltungsarbeiten zur Verfügung. Diesen Betrag haben wir verpflichtend im Haushaltssicherungskonzept festgeschrieben.

Wir halten an der Idee einer pädagogisch sinnvoll ausgestatteten und konsequent organisierten Ganztagschule fest, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhöht und auch Alleinerziehende nicht benachteiligt. Dieses Programm wurde im Landkreis konstruktiv aufgegriffen. Wir haben den Wunsch nach Umwandlung in Ganztagschulen intensiv begleitet und die hierfür benötigte Schulinfrastruktur zur Verfügung gestellt. Mittlerweile sind viele weiterführenden Schulen in der Trägerschaft des Landkreises Ganztagschulen (siehe Anlage)!

Als Schulträger werden wir die im Bildungs- und Teilhabepaket zur Verfügung gestellten Bundesmittel für die Mittagessen einsetzen und für gut ausgestattete Mensen sorgen. Allerdings sind wir davon überzeugt, dass die Bundesmittel deutlich unterfinanziert sind und einer dringenden Erhöhung bedürfen. Zielorientierte Projekte zur Schulspeisung und

gleichzeitig Armutsbekämpfung, wie z.B. das diakonische Projekt: „Jeder isst mit“ in Uslar, werden von uns modellhaft unterstützt und evaluiert. Der Bund ist aufgefordert, das Problem der Kinderarmut durch eine Kindergrundsicherung deutlich zu reduzieren.

Wir wollen die Öffnung der landkreiseigenen Sporthallen auch in den Ferien für den Vereins- und Breitensport erreichen. Ein entsprechendes Pilotprojekt im Bereich Uslar beginnt bereits in den Sommerferien 2016.

Zu guter Schule gehört für uns auch die flächendeckende Ausstattung der Schulen mit Schulsozialarbeitern. Nur so können wir gemeinsam die Schulsozialarbeit an den Schulen des Landkreises weiter verstärken, vor allem bei Schulen in sozialen Brennpunkten. Wir unterstützen auch die Einrichtung von Sprachlernklassen und weiteren Maßnahmen der Sprachförderung und damit die schulische Integration von Flüchtlingskindern.

In allen Bereichen der Bildungspolitik ist uns eine konstruktive und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Eltern und Elternvertretungen wichtig. Wir werden daher auch weiterhin die Elternarbeit in die bildungspolitischen Entscheidungen einbinden.

3.2 Berufliche Bildung/Jugendarbeitslosigkeit

Der Grundstein für Erfolg in Ausbildung und Beruf ist eine gute und umfassende Schulausbildung. So wie in den vergangenen Jahren werden wir auch zukünftig für einen bedarfsgerechten Ausbau und eine bedarfsgerechte Unterhaltung der in unserer Trägerschaft stehenden Schulgebäude eintreten.

Jugendliche ohne Ausbildung oder Arbeit können keine fundierten Lebensperspektiven aufbauen. Wir beteiligen uns daher weiter intensiv an Projekten zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit. Gemeinsam mit Handel, Handwerk, Industrie und Gewerkschaften werden wir flankierende Angebote wie Praktikumsbörse, Lehrstellenmarkt oder Jobbörse für Jugendliche weiterhin unterstützen.

Für uns ist die Verringerung der Quote von Jugendlichen ohne Schulabschluss und Jugendlichen ohne Berufsausbildung eine gesellschaftliche Herausforderung. Deshalb werden wir Projekte initiieren, die geeignet sind, den Übergang von Schule in den Beruf zu unterstützen. Die Einrichtung einer Jugendberufsagentur in unserem Landkreis in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit und dem Land Niedersachsen wollen wir deshalb sorgfältig prüfen.

Die Fortsetzung bestehender Projekte wie z.B. „Projekt Zukunft-Lebens- und Berufsplanung in der Schule“ oder „Regionale Initiative SchulBetrieb – Schulen und Betriebe als Partner“ werden wir auch künftig unterstützen.

3.3 Kreisvolkshochschule (KVHS)

Lernen ist ein lebenslanger Prozess. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass im Landkreis Bildungs- und Weiterbildungsangebote unabhängig vom Alter und der sozialen Situation angeboten werden können. Die Kreisvolkshochschule mit ihren flächendeckenden Angeboten für Weiterbildung und Qualifizierung ist und bleibt dabei wichtiger Baustein kommunaler Bildungspolitik.

4. Wirtschaft

4.1 Bilanz

Eine starke Wirtschaft ist die Grundlage für einen leistungsfähigen Landkreis. Wir haben

national und international tätige Unternehmen in unserem Landkreis, die sich hervorragend am Markt behaupten und mittlerweile zu einem Aushängeschild für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unserer Region, auch über die Grenzen des Landkreises hinaus, geworden sind. Diese Tatsache spiegelt sich auch in der niedrigsten Arbeitslosenquote seit mehr als 20 Jahren wieder. Unsere Aufgabe liegt darin, diese gute Entwicklung weiter zu unterstützen und auszubauen. Nur gesunde mittelständische Unternehmen des Handwerks, des Handels und auch Dienstleistungsunternehmen mit gut ausgebildeten Menschen, können weiter für eine solche Entwicklung sorgen.

Hierfür sind z. B. eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur und vor allen Dingen kurze Entscheidungswege in der Verwaltung und Politik unumgänglich.

4.2 Wirtschaftsförderung

Wir haben ein gut funktionierendes Netzwerk zwischen Politik und Wirtschaft, auch dieses müssen wir weiter ausbauen und stärken. Wir werden daher bereits existierende Strukturen, wie z. B. das Bündnis Schule-Wirtschaft, weiter stärken und unsere Arbeit intensivieren.

Die SPD steht in diesen Bereichen für folgende Ziele:

Sowohl bestehende Unternehmen als auch solche, die sich zukünftig neu ansiedeln möchten, sind durch den Landkreis unbürokratisch zu unterstützen. In der Verwaltung muss es eine Ansprechperson für die Unternehmen geben, der angefangen von baurechtlichen Fragen bis hin zu Wirtschaftsförderung, als Ansprechpartner und „Kümmerer“ zur Verfügung steht.

Der Nachwuchsbindung und Fachkräftesicherung ist größte Aufmerksamkeit zu widmen. Die SPD wird sich auch zukünftig für eine frühe Zusammenarbeit zwischen den Schulen und der Wirtschaft einsetzen, da dieses für die Schaffung weiterer Arbeitsplätze notwendig ist. Auch werden wir die bereits laufenden und unterstützten erfolgreichen Projekte „Übergang von Schule und Beruf“ sowie das Projekt „Frauen und Wirtschaft“ weiterhin fördern.

Ein weiteres Ziel muss darin bestehen, Menschen, die unsere Heimat verlassen haben, wieder hierher zurückzuholen. Auch für diese Prozesse bedarf es innovativer Ideen aus Politik und Wirtschaft, die nur gemeinsam im Dialog der beteiligten Partner gesucht werden können.

Die Integration von Menschen, die ihre Heimat auf Grund kriegerischer Auseinandersetzung in den letzten Jahren und Monaten verlassen mussten bzw. zukünftig verlassen werden, ist ein wesentliches Ziel unserer Politik. Eine zügige Integration in den Arbeitsmarkt kann für unsere strukturschwache und um Fachkräfte kämpfende Region eine echte Win-Win-Situation sein. Der Bundesgesetzgeber ist aufgefordert, umgehend die entsprechenden Rahmenbedingungen dafür zu schaffen.

Zu einer starken Wirtschaft gehören vor allen Dingen aber in unserem Landkreis auch der Mittelstand und das Handwerk. Kommunale Investitionen sind ein wirkungsvolles Mittel zur Stärkung des Handwerks und zur Sicherung von Arbeitsplätzen in der Region. Durch die Fortsetzung der Haushaltsdisziplin in der Verwaltung und einer stetigen Auseinandersetzung mit den bisherigen Ausgaben auf kommunaler Ebene, sollen für die Zukunft möglichst viele Mittel für Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen zur Verfügung stehen.

4.3. Arbeitsmarkt

Die SPD versteht es als politische Daueraufgabe, Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen sowie ansässige Firmen zu unterstützen und Unternehmen bei Neugründung und Ansiedlung zu fördern. Große Potenziale zur Schaffung von Arbeitsplätzen in unserem Landkreis sehen wir vor

allem in den Bereichen der Gesundheitswirtschaft, im ökologischen Umbau der Industrie und auf dem Gebiet des Tourismus. Dabei gilt es vor allen Dingen Erweiterungsabsichten der vorhandenen Unternehmen im Landkreis Northeim zu unterstützen und Arbeitsplätze zu sichern.

Wir brauchen Fachkräfte auf allen Ebenen. Daher ist es ein wichtiges Ziel, dem drohenden Fachkräftemangel in unserem Landkreis wirksam entgegenzutreten. Der zu erwartende Rückgang an Nachwuchs- und Fachkräften soll unter anderem durch Zuwanderung und die Erhöhung der Frauenerwerbsquote aufgefangen werden.

Daneben setzen wir auf die Qualifikation der Menschen in unserem Landkreis. Fort- und Weiterbildung übernehmen eine Schlüsselfunktion auf dem Weg in eine wissensbasierte Gesellschaft. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass im Landkreis Bildungs- und Weiterbildungsangebote unabhängig vom Alter und der sozialen Situation angeboten werden können.

4.4 Kultur und Tourismus

Ein Schwerpunkt der Arbeit in den vergangenen Jahren war der Ausbau leistungsfähiger Radwegenetze. Mit diesen Maßnahmen konnte wesentlich zur Erhöhung der Sicherheit für Radfahrerinnen und Radfahrer im Straßenverkehr beigetragen. Gleichzeitig wurde für den Landkreis Northeim ein erheblicher touristischer Mehrwert geschaffen. Es gilt nun, den geschaffenen, höheren Standard durch eine ausreichende und zukunftsweisende Bauunterhaltung zu festigen und die touristische Hinweisbeschilderung zu einem Abschluss zu bringen.

Die guten, vorhandenen touristischen Angebote sind im Verbund des südniedersächsischen Raumes weiter auszubauen. Dies gilt insbesondere für den Fahrradtourismus und die E-Mobilität. Die kulturellen Leuchttürme unseres Landkreises, beispielhaft seien hier die Gandersheimer Domfestspiele, das Theater der Nacht, der PS.Speicher, das Harzhorn und das Portal zur Geschichte erwähnt, werden wir insbesondere über die Kultur- und Denkmalstiftung des Landkreises weiterhin finanziell sichern und politisch unterstützen.

Auf die im Landkreis vorhandenen kulturellen und touristischen Möglichkeiten soll in einer landkreisübergreifenden gemeinsamen Marketingstrategie hingewiesen werden.

4.5. Mobilität und Verkehr

Schwerpunkte sozialdemokratischer Verkehrspolitik auf kommunaler Ebene sind die Förderung von Konzepten der Verkehrsvernetzung und des Verkehrsmanagements, der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs im Verbund, die Sicherung der Mobilität der Fußgänger und Fahrradfahrer und die Verlagerung von Güterfernverkehr auf umweltfreundliche Transportmittel.

Der Verkehrsverbund Südniedersachsen (VSN) hat durch einheitliche Tarife und abgestimmte Fahrpläne erfolgreich die Zusammenarbeit der verschiedenen Verkehrsunternehmen in Südniedersachsen erreicht. Dabei ist es notwendig, dass in einem solchen Nahverkehrssystem eine vernünftige Verknüpfung zwischen Bus und Bahn vorhanden ist. Zur Erhaltung des Gesamtkonzeptes des öffentlichen Nahverkehrs ist es für uns unabdingbar, neben der Nord-Süd Schienenstrecke auch die Ost-West Schienenverbindungen in ihrem Bestand zu sichern. Wir werden uns einsetzen für die Wiedereröffnung der Bahnhaltepunkte Verliehausen und Naensen.

Wir werden den VSN und den Zweckverband VSN (ZVSN) gemeinsam mit unseren südniedersächsischen Partnern fit für die Zukunft machen. Dazu gehört es auch, dass wir ein besonderes Augenmerk auf die vielfältigen Probleme der Schülerbeförderung im Rahmen des öffentlichen Personennahverkehrs legen, um in Zukunft sowohl eine reibungslose Schülerbeförderung in einem vertretbaren zeitlichen Rahmen, als auch einen attraktiven und verlässlichen Linienverkehr zu gewährleisten.

Der Einsatz des Fahrrades als alternatives und umweltfreundlichstes Verkehrsmittel sowie als Tourismusangebot wurde von uns in den letzten Jahren durch Erstellung eines Radwegekonzeptes für den Landkreis erheblich gefördert. Die bereits erfolgte Ausschilderung der festgelegten Radwege wollen wir, soweit erforderlich, gemeinsam mit den Städten und Gemeinden weiter fortsetzen.

Die Finanzknappheit der öffentlichen Haushalte erfordert eine sorgfältigere Abwägung unserer Straßenbaumaßnahmen. Der Zustand unserer Kreisstraßen und der Brücken macht auch in den nächsten Jahren erhebliche Investitionen in die Erneuerung und Unterhaltung des Straßen- und Brückennetzes erforderlich. Das erfolgreich durchgeführte Programm zur Erneuerung der Straßendecken werden wir daher fortsetzen. Den Bau zusätzlicher Kreisstraßen halten wir nicht für erforderlich. Stattdessen setzen wir uns vorrangig für den Ausbau von Ortsdurchfahrten bei gleichzeitiger Sanierung der Kanal- und Leitungsbauwerke ein.

Nicht das Flickern einzelner Schlaglöcher, sondern die wirksame und vor allem nachhaltige Sanierungsmaßnahme muss künftig noch mehr Vorrang haben. Die bereits mit maßgeblicher Unterstützung der SPD- Kreistagsfraktion eingeführten Prioritätenlisten im Kreisstraßenbau sind dazu ein wichtiger Schritt gewesen. Auch der Abbau des Instandhaltungsrückstaus an Brücken und Stützmauern ist dabei zukünftig in die Haushalte einzuarbeiten. Zu einer besseren Mobilität gehört die nachhaltige Instandhaltung unserer Kreisstraßen und der dazugehörigen Brücken. Die zukünftige SPD-Kreistagsfraktion wird sich dafür einsetzen, den bestehenden Ausbauplan der Kreisstraßen zügig umzusetzen und parallel dazu ein Brückenkataster zu erstellen.

Umweltverträgliche Entlastungen von Ortsdurchfahrten durch Ortsumgehungen finden allerdings insbesondere zum Schutz von Anwohnerinnen und Anwohnern weiterhin unsere Unterstützung.

Die SPD steht ferner für eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur. Große Teile des Landkreises sind bereits durch umfassende Maßnahmen an ein leistungsfähiges Verkehrsnetz angebunden. Hierdurch wurden bereits Gebiete sowohl für Unternehmen erschlossen und auch als Wohnort attraktiv. Dennoch sind nicht alle notwendigen Baumaßnahmen im Landkreis Northeim begonnen und abgeschlossen.

Die SPD erwartet, dass der Bund endlich den sich seit Jahrzehnten hinschleppenden Ausbau der B 241, einschließlich der Ortsumgehung Stadt Uslar zum Abschluss bringt. Nach wie vor geht es darum, Uslar und seine angrenzenden Dörfer vom Durchgangsverkehr zu entlasten und die existenzielle Anbindung an andere Bereiche des Landkreises sowie die A7 zu optimieren.

Schwerpunkte unserer Mobilitätspolitik sind die Förderung von Konzepten der Verkehrsvernetzung und des Verkehrsmanagements, der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs im Verbund, die Sicherung der Mobilität der Fußgänger und Fahrradfahrer, die Verlagerung von Güterfernverkehr auf umweltfreundliche Transportmittel und der optimale Übergang vom Individualverkehr auf den öffentlichen Personennahverkehr.

Die jetzt durch die SPD-geführte Landesregierung auf den Weg gebrachte Reaktivierung der Bahnverbindung zwischen Einbeck und Salzderhelden ist ein bedeutsamer Erfolg für unseren Landkreis und kann ein wichtiger Impuls zur Stärkung der Infrastruktur in unserer Region werden. Zugleich wird deutlich, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten es ernst meinen mit der Überwindung der Strukturschwäche unserer Region, u.a. durch das Südniedersachsen-Programm.

Ebenso wichtig für die Menschen in unserem Landkreis ist die gute Anbindung an die Oberzentren. Der Ausbau der Autobahn A7 geht voran, aber der weitere Ausbau der B 241 im Raum Uslar bleibt für uns weiter oberste Priorität. Darüber hinaus ist der Ausbau der B 3 zwischen Einbeck und Hannover voranzutreiben.

4.6. Breitbandausbau

Wir brauchen einen flächendeckenden und schnellen, aber realistischen Ausbau der Breitbandversorgung. In einem Zwischenschritt soll kurzfristig (bis Ende 2017) eine möglichst 100%ige Breitbandversorgung von mindestens 50 Mbit/s in den weißen Flecken erreicht werden. In der bevorstehenden Kommunalwahlperiode wird die SPD dafür eintreten, unter Beachtung der rechtlichen Rahmenbedingungen und der Berücksichtigung von neuen Technologien, noch höhere Bandbreiten zu erreichen. Künftige Tiefbauvorhaben sollen dazu genutzt werden, Leerrohre mitzuverlegen, um damit die Voraussetzungen für einen kostengünstigen Anschluss der Gebäude mit Glasfaser zu schaffen. Ergänzend zur Bundesförderung hat das Land dem Landkreis Fördermittel in Höhe von 3,9 Mio. EUR bewilligt. Damit kann der Landkreis den Breitbandausbau voraussichtlich bis Ende Dezember 2017 fast ausschließlich mit Fördermitteln realisieren.

4.7 Klimaschutz

Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung unseres Landkreises ist es, Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus umwelt- und sozialverträglich auszurichten.

Der Landschafts- und Naturschutz wird von uns in einem sehr sensiblen Abwägungsprozess zwischen dem Erhalt unserer südniedersächsischen Natur- und Kulturlandschaft und den berechtigten Interessen der Land- und Forstwirte sowie der Erholungssuchenden garantiert werden.

Bereits begonnene Energiesparkonzepte für öffentliche Gebäude, aber auch notwendige neue Aktivitäten werden von uns mit Nachdruck weiter realisiert. Durch diese Maßnahmen werden auch in erheblichem Umfang Investitionen zugunsten des heimischen Handwerks ausgelöst, was wiederum unserem Landkreis und der Allgemeinheit zu Gute kommt.

Ein Klimaschutzteilkonzept haben wir für unseren Landkreis erstellen lassen. Für die Umsetzung des Konzeptes verfolgen wir das Ziel, ein Klimaschutzmanagement zu etablieren.

Die Ausweisung von Wasserschutzgebieten, Natur- und Landschaftsschutzgebieten, die Pflege und der Erhalt von Naturdenkmälern und schützenswerter Biotop werden wir weiter mit den Umweltverbänden begleiten und vorantreiben.

Die Bereitschaft unserer Bürgerinnen und Bürger, sich aktiv an Maßnahmen des Naturschutzes durch Baumpatenschaften und Pflegeschnittaktionen zu beteiligen, ist ungebrochen. Dieses wichtige ehrenamtliche Engagement werden wir auch in Zukunft nachdrücklich fördern und unterstützen.

Wir werden uns bemühen, den Städten und Gemeinden hinsichtlich der Nutzung von

regenerativen Energien und der Ausweisung von entsprechenden Flächen für Sonnen- oder Windkraftanlagen in ihren Bauleitplänen, durch eine wegweisende Raumplanung Entscheidungshilfen zu geben. Neue Baugebiete sollten so ausgerichtet werden, dass eine sinnvolle Nutzung von Photovoltaik möglich ist.

Des Weiteren unterstützen wir die Energiegewinnung durch Biogas- und Windkraftanlagen. Neu zu schaffende Windkraftanlagen sollten eine Nabenhöhe von über 100 m aufweisen, damit sie auch wirtschaftlich betrieben werden können und ihren Nutzen erzielen.

Das schreckliche Atomkraftunglück in Fukushima (Japan) hatte die tödlichen Risiken der Kernenergie weltweit deutlich gemacht. Der Ausstieg aus der Kernenergie macht allerdings den beschleunigten Ausbau regenerativer Energien erforderlich. Erneuerbare Energien haben eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz und könnten schnell umgesetzt werden. Um die erzeugte Windenergie an der Küste auch zu ihren Abnehmern zu bringen, bedarf es neuer Stromleitungen.

Wir akzeptieren daher den Bau dieser 380 KV-Leitungen auch durch unsere Region. Allerdings fordern wir weiterhin im engen Schulterschluss mit den Bürgerinitiativen die vollständige Erdverkabelung dieser Leitungen in HGÜ-Technik. Nur so können wir die Zerstörung der Landschaft und gesundheitliche Beeinträchtigungen der Menschen in unserer Region verhindern. Wer erneut überflüssige Konflikte zu Gunsten der großen Stromversorger provoziert, wird auch mit der 380 KV-Leitung scheitern.

Wir erwarten, dass Tennet tatsächlich kooperativ mit den beteiligten Akteuren vor Ort nach den umweltverträglichsten Lösungen sucht. Die vom Bund vollständig vorgegebene Erdverkabelung des SüdLink eröffnet, auch in unserem Landkreis, schon unter den Gesichtspunkten des Bündelungsgebotes, neue Möglichkeiten einer deutlich erweiterten Erdverkabelung der 380 KV-Leitung von Wahle nach Mecklar.

5. Soziales

5.1 Kinder, Jugendliche und Heranwachsende

Der Landkreis Northeim hat als Jugendhilfeträger vielfältige Verpflichtungen, zu deren Umsetzung wir uns ausdrücklich bekennen. Das Sozialgesetzbuch VIII gibt die Aufgaben vor, die in einem eigenständigen Jugendamt mit bedarfsgerechter Personalausstattung zu erledigen sind.

Für uns ist es selbstverständlich, dass öffentliche und freie Träger der Jugendhilfe partnerschaftlich zusammenarbeiten. Haupt- und ehrenamtlich Tätige im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe sind zwei gleich wichtige Säulen, deren Arbeit unsere Anerkennung genießt und für deren Anliegen wir stets ein offenes Ohr haben.

Zu einem attraktiven Landkreis gehört ein ausreichendes Angebot an Betreuungsplätzen für Kinder in Kindertagesstätten und Tagespflegestellen. Wir haben in den Jahren unserer politischen Verantwortung gemeinsam mit den Städten und Gemeinden für ein wachsendes Angebot gesorgt und werden in unserem Bemühen nach einem bedarfsgerechten Betreuungsangebot in unserem Landkreis nicht nachlassen. Dabei handelt es sich schlicht auch um einen Standortvorteil für junge Familien, der im Sinne eines familienfreundlichen Landkreises sowohl im öffentlichen Interesse, als auch im wirtschaftlichen Interesse von Arbeitgebern aller Branchen und Dienstleistungen liegen muss. Gemeinsame Anstrengungen sind daher für uns unerlässlich.

Die Zuständigkeit für die Kindertagesstätten wurde einvernehmlich auf die Städte und Gemeinden im Landkreis übertragen. Diese haben dadurch eine eigene Planungshoheit im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben. Die Einrichtung von Krippen- und Hortplätzen werden wir als Landkreis auch weiterhin finanziell fördern. Diesen Zuschussbetrag haben wir gerade erneut angehoben. Wir sichern damit weiterhin ein bedarfsgerechtes und konzeptionell ausgewogenes Angebot an Plätzen in Kindertagesstätten und die Erfüllung des Rechtsanspruchs auf Kindertagesbetreuung.

Ein wichtiger gesellschaftlicher Beitrag wird durch die ehrenamtliche Arbeit der Jugendverbände geleistet. Sie sind ein Bestandteil von Integrations-, Präventions- und Sozialarbeit. Wir werden entsprechend des gesetzlichen Auftrags im SGB VIII die Arbeit der Vereine, Verbände und Jugendringe weiterhin fördern.

Dieses gilt selbstverständlich auch für die Jugendpflege, in welcher die ehrenamtliche Kinder- und Jugendarbeit koordiniert und unterstützt wird. Die SPD bekennt sich zur Arbeit der Jugendpflege in den Gemeinden, die bisher finanziell hälftig vom Landkreis und den Gemeinden getragen wurde. Diese Aufteilung steht für uns nicht zur Disposition. Wir stehen zur dezentralen Organisation der Jugendpflege, dem Vorhalten dieses Angebots in jeder Gemeinde und der Sorge für die hälftige Finanzierung durch den Landkreis.

Gesetzlicher Auftrag des Landkreises als Jugendhilfeträger ist die ständige Weiterentwicklung der Angebote und die Anpassung an die jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen im Rahmen einer modernen Jugendhilfeplanung. Angebote der öffentlichen und der freien Jugendhilfe müssen aufeinander abgestimmt und notwendige Vorhaben rechtzeitig eingeleitet werden. Der von uns eingerichtete Unterausschuss Jugendhilfeplanung des Jugendhilfeausschusses muss regelmäßig tagen, um die erforderlichen Schritte auf den Weg zu bringen.

Vielfältige Aufgaben leistet das Jugendamt auch im präventiven Bereich, einer weiteren Pflichtaufgabe nach dem Kinder- und Jugendhilferecht. Im Bereich der Suchtprävention ist das Lukas-Werk Gesundheitsdienste GmbH als Netzwerkpartner für den Landkreis tätig. Diese Aufgabe wird dort seit Jahren sehr engagiert wahrgenommen.

Die weiteren Aufgaben des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes werden vom Jugendamt in eigener Regie durchgeführt. Es ist unser Anliegen, dass diese Stelle auch in Zukunft besetzt bleibt, um qualitativ hochwertige Arbeit zu gewährleisten.

Die Bundesregierung hat in ihrem aktuellen Bericht zu den Auswirkungen des neuen Bundeskinderschutzgesetzes festgestellt, dass die Verankerung von Ombudsstellen in der Kinder- und Jugendhilfe vor Ort ein wichtiges Instrument zur weiteren Sicherung des Kinderschutzes darstellen kann. Eine trägerunabhängige Ombudsstelle ist sowohl Anlaufstelle für hilfeschuchende Kinder und Jugendliche als auch neutrale Beschwerdestelle über Verfahren und Entscheidungen von Einrichtungen und Trägern der Jugendhilfe. Im Interesse einer weiteren Verbesserung des Kindeswohls wollen wir modellhaft eine solche Stelle im Landkreis einrichten.

Durch Initiative von Vereinen, Verbänden, Unternehmen und privaten Unterstützern bestehen im Landkreis Northeim Zusammenschlüsse in Einrichtungen zur Förderung und Unterstützung von Familien und des Zusammenlebens der Generationen. Diese Zentren und Büros geben Anregungen für die soziale Struktur vor Ort und vernetzen bürgerschaftlich die entsprechenden Angebote. Außerdem bieten sie Beratung auf niedrigschwelligem Niveau an.

Wir haben großes Interesse am Erhalt dieser Einrichtungen und Initiativen und unterstützen

ausdrücklich eine Ausweitung auf alle Städte und Gemeinden.

5.2 Gesundes Mittagessen in Bildungseinrichtungen für alle

Das „Forum Kinderarmut Uslar“ hat in Uslar und Bodenfelde in dem Projekt „Jeder isst mit“ ein kostenfreies Mittagessen für alle Kinder aus Familien mit Anspruchsberechtigung von Sozialleistungen installiert. Dadurch soll Fehl- und Mangelernährung der anspruchsberechtigten Kinder entgegengewirkt werden. Gute Bildung und gesunde Ernährung gehen hier Hand in Hand.

Es ist unser Ziel, dieses Angebot dauerhaft zu sichern und im ganzen Landkreis zu installieren. Dabei ist auch der Bund aufgefordert, sich an solchen Projekten zu beteiligen und das damit zusammenhängende Problem der Kinderarmut durch eine Kindergrundsicherung deutlich zu reduzieren.

5.3 Gesundheitsversorgung

Dem Landkreis Northeim obliegt die gesetzliche Sicherstellung der Krankenhausversorgung in seinem Hoheitsbereich. Durch die vorhandenen Krankenhäuser in Bad Gandersheim, Einbeck und Northeim ist im Landkreis Northeim eine überdurchschnittliche Versorgung mit einem breiten stationären Versorgungsangebot, bei gleichzeitiger Trägervielfalt gewährleistet. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Fortbestand dieser Versorgungsangebote liegen beim Bundes- und Landesgesetzgeber. Im Rahmen seiner Möglichkeiten wird der Landkreis - wie bisher- zum Erhalt dieser Strukturen beitragen.

Gerade der ländliche Raum ist auf eine wohnortnahe medizinische Versorgung angewiesen. Dies ist besonders im Hinblick auf die wachsende Zahl ambulanter Eingriffe und das steigende Durchschnittsalter der Patienten unerlässlich. Im ländlichen Bereich wird es zunehmend schwieriger, dass sich dort noch ausreichend Fachärzte und Hausärzte niederlassen. Unser vordringliches Ziel muss es daher sein, eine stärkere Verzahnung ambulanter, stationärer, rehabilitativer und pflegerischer Einrichtungen zu erreichen. In enger Kooperation mit der für den ambulanten Bereich zuständigen Kassenärztlichen Vereinigung wollen wir frühzeitig Maßnahmen abstimmen, um Praxisleerstände zu vermeiden. Die Aufnahme des Landkreises Northeim in das Landesprojekt „Gesundheitsregion Niedersachsen“ begrüßen wir ausdrücklich und sehen dies gleichzeitig als Chance, alle Akteure aus dem Gesundheitsbereich vor Ort zusammenzubringen und in die Lage zu versetzen, passende Angebote der Gesundheitsversorgung mit Blick auf die regionalen bzw. lokalen Herausforderungen zu entwickeln.

Im Landkreis Northeim geht es dabei unter anderem um die Erprobung eines landesweiten Modellprojektes für eine bessere Koordinierung des Rettungsdienstes (Notfallnummer 112) und des ärztlichen Bereitschaftsdienstes. Entsprechende Anträge sind auf Initiative der SPD-Kreistagsfraktion gegenüber dem Land auf den Weg gebracht worden. Als Träger des Rettungswesens hat der Landkreis bisher einen qualitativ hochwertigen Rettungsdienst gewährleistet und wird dieses auch weiterhin umsetzen.

Unser Augenmerk gilt auch weiterhin der Kindergesundheit. Das auf Initiative der rot-grünen Kreistagsmehrheit eingeführte Angebot von Kindervorsorgeuntersuchungen in den Kindertagesstätten durch unser Gesundheitsamt ermöglicht seit einigen Jahren die Vorlage eines Kindergesundheitsberichtes durch die Kreisverwaltung und die zielgenaue Weiterentwicklung der sogenannten „Frühen Hilfen“ in Kooperation mit Familienhebammen

durch das Jugendamt. Diese Programme gilt es fortzuentwickeln und auszubauen.

5.4 Pflege

Die Altersstruktur der Bevölkerung erfordert, dass im gesamten Landkreis ein gleichmäßiges Angebot von ambulanter und stationärer Pflege vorhanden ist. Nicht zuletzt aufgrund der deutlichen Zunahme von Demenzerkrankungen besteht vor allem im Bereich der Tagespflege ein erkennbarer Fehlbedarf. Der kommunale Pflegeplan des Landkreises muss daher dringend aufgestellt und mindestens alle drei Jahre fortgeschrieben werden. Es ist für uns nicht akzeptabel, dass es im Landkreis Northeim nach wie vor keinen Pflegeplan und auch keine Pflegekonferenzen im Sinne des Landespflegegesetzes gibt. Diese gilt es zeitnah einzurichten.

Der Bedarf für altersgerechtes Wohnen wird zunehmen. Wir werden uns verstärkt um Plätze für betreutes Wohnen sowie um die Einrichtung von alternativen Wohnformen bzw. Wohngemeinschaften bemühen.

Für Hilfesuchende ist es oft sehr schwierig, ein bedarfsgerechtes Pflegeangebot zu finden. Trägerunabhängige Pflegestützpunkte sind eine wichtige Anlaufstelle. Wir werden daher die Inanspruchnahme des 2010 vom Landkreis eingerichteten Pflegestützpunktes sorgfältig beobachten und gegebenenfalls in den Sozialräumen ausweiten. Das von der Bundesregierung geplante Pflegestärkungsgesetz III sieht gerade in diesem Sinne für die Kommunen eine deutliche Unterstützung vor. Die sich so eröffnenden Möglichkeiten einer besseren Pflegeberatung soll im Landkreis zügig geprüft und umgesetzt werden.

5.5 Seniorinnen und Senioren

Die steigende Lebenserwartung der Menschen und die bessere Gesundheit von immer mehr Menschen bis ins hohe Lebensalter sind ein großes Geschenk für unsere Gesellschaft. Zunehmend mehr ältere Menschen engagieren sich bürgerschaftlich in Vereinen, Verbänden und der Kommunalpolitik. Die auf unsere Initiative hin im Landkreis verabschiedeten seniorenpolitischen Leitlinien müssen mit Leben gefüllt und deren Umsetzung und Weiterentwicklung regelmäßig überprüft und bedarfsgerecht angepasst werden.

5.6 Inklusion

Die SPD bekennt sich zur gesellschaftlichen Teilhabe aller Menschen in ihrer Verschiedenartigkeit und Einzigartigkeit. Die UN-Behindertenrechts-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ist geltendes Recht für alle staatlichen Ebenen in Deutschland, also auch für den Landkreis Northeim und seine Städte und Gemeinden. Das Recht auf gleichberechtigte Teilhabe für alle Menschen ist verbrieftes Menschenrecht. Die Menschen mit Behinderungen in unserem Landkreis haben ein Recht darauf, ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Der Landkreis ist aufgefordert, die Erstellung eines Aktions- und Stufenplanes zur Umsetzung der UN-Konvention weiter konsequent und mit Nachdruck zu verfolgen. Dieses muss getreu dem Motto von Menschen mit Behinderungen: "nichts über uns – ohne uns" in enger Zusammenarbeit mit dem Beirat für Menschen mit Behinderungen geschehen.

6. Migration und Teilhabe

16 Prozent unserer Einwohnerinnen und Einwohner haben einen Migrationshintergrund. Zudem nimmt die Anzahl geflüchteter Menschen, die in der Bundesrepublik Deutschland und damit

auch im Landkreis Northeim Schutz und Asyl suchen, stetig zu. Für die zu uns kommenden Menschen gibt es insbesondere bei Bildung und Arbeit bisher vielfach keine Chancengleichheit. Als Landkreis mit stark zurückgehenden Einwohnerzahlen brauchen wir Zuwanderung.

Die SPD steht für eine Willkommenskultur und die aktive Teilhabe der zuwandernden Menschen. Wir wollen, dass in unserem Landkreis eine Willkommenskultur entwickelt und gelebt wird. Das vom Kreistag im Februar verabschiedete „Konzept zur Gewährleistung einer umfassenden Betreuung im Landkreis Northeim“ muss gemeinsam mit allen gesellschaftlich relevanten Gruppen sowie den Städten und Gemeinden schnell und konsequent umgesetzt werden.

Vorurteile und Ängste müssen durch integrative Angebote abgebaut werden. Der Schlüssel zur Teilhabe liegt in der Vermittlung von wichtigen Qualifikationen: Der Erwerb der deutschen Sprache, die Vermittlung von Strukturen in der neuen Gesellschaft, der Zugang zu Bildung, Ausbildung und Beschäftigung. Zuwanderung ist eine Bereicherung für unseren Landkreis. Die SPD im Landkreis Northeim will mit einer gesellschaftlich breit getragenen Willkommenskultur die einmalige Chance ermöglichen, dass die zugewanderten Menschen dauerhaft ein selbstbestimmtes Leben im Landkreis Northeim führen können.

Wir erwarten, dass der Bund endlich die Voraussetzungen für zügige Asylverfahren und Bleiberechtsregelungen umsetzt. Neben der Willkommenskultur erwarten wir auch den Integrationswillen der Betroffenen, d.h. die Beachtung unserer verfassungsrechtlichen Grundsätze von Gewaltfreiheit, Gleichberechtigung und Religionsfreiheit.

Auch die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Landkreis Northeim kämpfen gegen Vorurteile und Ressentiments. Rechtsextremismus, radikaler Salafismus und Antisemitismus haben in unserem Landkreis nichts zu suchen. Jeglichen Tendenzen von Gewalt und Menschenfeindlichkeit in unserem Landkreis erteilen wir eine klare Absage und unterstützen Initiativen, die dem entgegenwirken.

7. Feuerwehren

Die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren erfüllen ihren Dienst zum Schutz der Bevölkerung häufig unter Einsatz ihres Lebens und ihrer Gesundheit. Dieses Engagement wissen wir zu schätzen. Wir werden daher die Leistungsfähigkeit und Einsatzbereitschaft der Kreisfeuerwehr erhalten und gemeinsam mit den Verantwortlichen weiter entwickeln. Eine zeitgemäße und bedarfsgerechte Ausstattung der Kreisfeuerwehr und den Kreisfeuerwehrebereitschaften ist für uns selbstverständlich. Wir unterstützen die Bemühungen der Feuerwehren, das Fortbildungs- und Qualifizierungsangebot auf einem hohen Niveau zu erhalten.

8. Vielfalt des Ehrenamtes stärken

Die Vielfältigkeit unseres Landkreises findet ihren Ausdruck nicht zuletzt in den vielen ehrenamtlichen Organisationen. Menschen aller Altersgruppen setzen sich mit ihren unterschiedlichen Fähigkeiten und Interessen ehrenamtlich für unser Gemeinwesen ein. Ohne dieses große freiwillige Engagement in unserem Landkreis wäre vieles nicht umsetzbar. Unsere zahlreichen Kontakte und Gespräche mit den Freiwilligen Feuerwehren, dem Kreisfeuerwehrverband, den Kirchen, den Handwerkerverbänden, dem Kreisjugendring, den Seniorenräten, den vielen Vereinen, dem Kreissportbund, dem Kreiselternrat, dem Landvolk und vielen anderen Organisationen werden wir intensivieren. Wir werden weiterhin das

Ehrenamt in unserem Landkreis durch intensive und partnerschaftliche Zusammenarbeit unterstützen und fördern.

9. Identität eines starken Landkreises in einer starken Region Südniedersachsen

Die niedersächsische Landesregierung hat die besonderen Herausforderungen und Chancen der Region Südniedersachsen erkannt und den Gebietskörperschaften mit dem Südniedersachsenprogramm ein wichtiges Instrument für nachhaltige Strukturverbesserungen an die Hand gegeben. Die SPD im Landkreis Northeim begrüßt es ausdrücklich, dass so mindestens 100 Mio. EUR zusätzlich in der Region investiert werden sollen. So wird es auch im Landkreis Northeim möglich sein, gemeinsam mit allen Beteiligten die Wirtschaftsstruktur zu stärken und zukunftsfähige Dörfer zu erhalten.

Durch die Fusion der Landkreise Osterode am Harz und Göttingen zum 1. November 2016 wird die Region enger zusammenwachsen. Gleichzeitig steigt vor dem Hintergrund der Ausgestaltung des Südniedersachsenprogramms die Notwendigkeit der Vernetzung und Kooperation in Südniedersachsen. Ein starker und selbstbewusster Landkreis Northeim wird seinen Beitrag dazu leisten, die Identität der gesamten Region zu stärken und die berechtigten Interessen der südniedersächsischen Landkreise gegenüber der Landesregierung, der Bundesregierung und der EU-Kommission zu vertreten. Die Sozialdemokratie im Landkreis Northeim steht zu der Prämisse, dass die Dienstleistungen des Landkreises bürgernah zu erbringen sind.

Eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit mit unseren Nachbarlandkreisen wird ausdrücklich angestrebt und entspricht den damaligen Beschlüssen des Kreistages, die Fusionsverhandlungen mit den Landkreisen Göttingen und Osterode am Harz nicht weiter zu verfolgen. Gespräche mit anderen Landkreisen über eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit müssen behutsam und umsichtig initiiert werden.

10. Finanzen

Eine langfristig gesicherte finanzielle Leistungsfähigkeit ist die beste Grundlage zukunftsorientierter Kommunalpolitik. Die neue SPD-Kreistagsfraktion wird sich bei den Ausgaben daher weiterhin auf das Notwendigste beschränken. Dabei stehen für uns Sozialdemokraten die Aufgaben für einen starken, sozialen und solidarischen Landkreis im Vordergrund.

Dieser umfasst vor allem die Bereiche der Daseinsvorsorge, den Bildungsbereich, einschließlich der frühkindlichen Bildung und Betreuung, die Jugendhilfe sowie die Integration und gleichberechtigte Teilhabe für Menschen mit Handicaps.

Die Städte und Gemeinden leisten im Rahmen ihrer jeweiligen Finanzkraft über die Kreisumlage (2016: rd. 66,5 Mio. €) einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung der Leistungen des Kreishaushaltes (245 Mio. €). Gleichzeitig muss auch die Aufgabenerfüllung vor Ort gewährleistet bleiben. Eine weitere Belastung über höhere Umlagesätze kommt für uns nicht in Frage. Es ist daher die Verpflichtung des Landkreises diese Mittel zum größtmöglichen Nutzen der Bürgerinnen und Bürger einzusetzen und dabei die Grundsätze von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu beachten.

Aufgrund des Fachkräftemangels, aber auch aus der Verpflichtung zur Haushaltskonsolidierung werden nicht mehr alle im Zuge der Fluktuation freiwerdenden Stellen in der Verwaltung

besetzt werden können. Deshalb müssen wir im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit alle fachlichen Ressourcen innerhalb und ggf. auch außerhalb des Landkreises nutzen und gemeinsam mit der Landrätin auf Augenhöhe darüber sprechen, wo in Zukunft für die Bürgerinnen und Bürger die beste und wirtschaftlichste Aufgabenerfüllung erfolgen kann.

Angesichts der schwierigen Haushalts- und Finanzlage durch die aktuellen Pflichtaufgaben des Landkreises sinkt der politische Handlungsspielraum von Jahr zu Jahr. Bis 2019 werden sich die aufgelaufenen Fehlbeträge voraussichtlich auf rund 120 Mio. € summieren, die durch Liquiditätskredite in gleicher Höhe finanziert werden. Die derzeit geringen Zinsen lassen die Belastungen für den Haushalt erträglich erscheinen, aber das wird nicht für immer so bleiben. Die Entlastung des Kreishaushalts durch eine Bedarfszuweisung des Landes von 4 Mio. € für das Jahr 2015 und 5 Mio. EUR für die Folgejahre war nur im Zusammenhang mit den bereits eingeleiteten eigenen Anstrengungen zur Konsolidierung im Volumen von 4 Mio. € möglich.

In der Zielvereinbarung mit dem Land mussten vor allem sogenannte freiwillige Leistungen gestrichen, gekürzt oder außerhalb des Haushaltes finanziert werden.

Hier zahlt es sich aus, dass wir uns seinerzeit für die Gründung der Kultur- und Denkmalstiftung, der Sport- und Sozialstiftung sowie der Jugendstiftung des Landkreises eingesetzt haben. Dort werden jedes Jahr landkreisweit viele wichtige Projekte in namhafter Höhe unterstützt, so u.a. für die KZ-Gedenkstätte in Moringen, die Gandersheimer Domfestspiele oder die Finanzierung der Jugendpflege. Die Möglichkeiten dieser Stiftungen bleiben durch Zinszuflüsse weiterhin langfristig gesichert.

Dennoch werden wir im Rahmen der künftigen Haushaltsberatungen dauerhaft die begonnenen Konsolidierungsbemühungen fortsetzen.

Anlage:

Schule	Stadt/Gemeinde	Ganztagschule?
Oberschule Bad Gandersheim	Bad Gandersheim	
Osterbergschule	Bad Gandersheim	
Roswitha-Gymnasium	Bad Gandersheim	X
Heinrich-Roth-Gesamtschule	Bodenfelde	X
Rainald-von-Dassel-Schule	Dassel	
Berufsbildende Schulen Einbeck	Einbeck	
Goetheschule	Einbeck	X
Haupt- und Realschule Kreiensen	Einbeck	X
Integrierte Gesamtschule Einbeck	Einbeck	X
Löns-Realschule	Einbeck	X
Wilhelm-Bendow-Schule	Einbeck	X
Weperschule	Hardeggen	
Auetalschule Altes Amt	Kalefeld	X
Rhumetalschule	Katlenburg-Lindau	X
Berufsbildende Schulen I Northeim	Northeim	
Kooperative Gesamtschule Moringen	Moringen	X
Berufsbildende Schulen II Northeim	Northeim	
Erich-Kästner-Schule	Northeim	
Gerhart-Hauptmann-Schule	Northeim	
Gutenberg-Realschule	Northeim	
Gymnasium Corvinianum	Northeim	X
Technikerakademie Northeim	Northeim	
Thomas-Mann-Schule	Northeim	X
Albert-Schweitzer-Schule	Uslar	
Gymnasium Uslar	Uslar	X
Sollingschule	Uslar	X